



**Wagner, Patrick: Notgemeinschaften der Wissenschaft. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) in drei politischen Systemen, 1920 bis 1973 (Studien zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bd. 12), 505 S., Steiner, Stuttgart 2021.**

**Fabian Link**

Angenommen: 25. Juli 2023 / Online publiziert: 31. August 2023  
© The Author(s) 2023

2021 ist der vermutlich letzte Band der Reihe „Studien zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft“ (DFG) erschienen. Das von Patrick Wagner verfasste Buch stellt einen Abschluss dieses Forschungsprojekts dar, denn einerseits unternimmt Wagner darin eine quellengesättigte Synthese der DFG-Förderpolitik während der Weimarer Republik, des NS-Regimes und der Bundesrepublik, andererseits bezieht er sich immer wieder auf die Forschungsergebnisse der Autorinnen und Autoren der vorangegangenen Bände. Das Buch ist für die Wissenschaftsgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert von hoher Bedeutung, denn am Beispiel der 1920 gegründeten Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft und ihrer Nachfolgeorganisation DFG kann Wagner personelle, epistemische und politisch-ideologische Kontinuitäten und Diskontinuitäten über drei Politiksysteme hinaus aufzeigen.

Eingerahmt von einer Einleitung und einem die Ergebnisse zusammenfassenden Ausblick ist das Buch in drei Teile gegliedert, die den drei Politiksystemen Weimarer Republik, NS-Regime und Bundesrepublik zugeordnet sind. Die 1920er und frühen 1930er Jahren waren bestimmt durch den ersten Notgemeinschaftspräsidenten Friedrich Schmidt-Ott, ein Nationalkonservativer mit antisemitischen Ressentiments, der als führender Wissenschaftsbürokrat des späten Kaiserreichs bezeichnet werden kann und die Notgemeinschaft weitgehend autokratisch leitete. Nebst Adolf von Harnack und Fritz Haber galt er als einflussreichster Wissenschaftspolitiker nach dem Ersten Weltkrieg. Auf Schmidt-Otts, Harnacks und Habers Engagement ist denn auch die Gründung der Notgemeinschaft zurückzuführen. Diese Männer sahen sich als Vertreter einer Förderorganisation, die die Einheit der Wissenschaft repräsentierte und ihren Autonomieanspruch vor politischer oder industrieller Einflussnahme zu wahren trachtete, jedoch auf Geldflüsse aus Politik und Industrie angewiesen war.

---

✉ Fabian Link  
Bergische Universität Wuppertal, Wuppertal, Deutschland  
E-Mail: [fliink@uni-wuppertal.de](mailto:fliink@uni-wuppertal.de)

Die Diskurse innerhalb der aus der Krise geborenen Notgemeinschaft waren durch die Furcht gekennzeichnet, von den Amerikanern abgehängt zu werden. Mithilfe der Notgemeinschaft sollte die deutsche Wissenschaft aufholen, was in der Weimarer Republik teils trotz dem erst Ende der 1920er Jahre allmählich gelockerten Boykott deutscher Wissenschaftler im Ausland entgegengehalten wurde, nach 1945 jedoch zu einem die Förderpolitik der Nachkriegszeit bestimmenden Topos wurde. Überhaupt stand den Notgemeinschaftsfunktionären die USA schon in den frühen 1920er Jahren nicht nur als bedeutendste Konkurrenz für die deutsche Wissenschaft vor Augen, sondern auch als Vorbild in Sachen Organisation von Wissenschaftsförderung. Im Verhältnis zu den USA vollzog sich von den 1920er bis in die 1970er Jahre ein Wandel: Während die Akteure in der Weimarer Republik zwar in Bezug auf Ressourcenverfügung anerkennend, aber intellektuell despektierlich über die angeblich geistlosen und kapitalistisch-materialistischen US-Wissenschaftler sprachen, stellte sich in der Nachkriegszeit eine Anerkennung des Primats der USA insbesondere in den Natur- und den Technikwissenschaften ein.

Deutschnational bis völkisch gestimmte Anträge bewilligte die Notgemeinschaft nicht erst seit 1933, sondern bereits in der Weimarer Republik. Im Unterschied zur Förderpraxis im NS-Regime stießen diese Anträge aber noch auf Kritik. Das gilt in Teilen auch für rassenkundlich-eugenische Forschungsunternehmen, die nach 1933 zunächst einen prominenteren Rang erlangten. Wagners Befunde über die Förderpolitik während des NS-Regimes entsprechen denen, die bekannt sind: Die Förderung jüdischer, linker und anderweitig unliebsamer Wissenschaftler wurde beendet; unmittelbar nach dem Machtwechsel erhielten völkisch-rassistische Konzepte angeblich ‚arteigener‘ deutscher Wissenschaftsstile vermehrte Aufmerksamkeit, nur um ab etwa 1936, als Wissenschaft zur Kriegsvorbereitung beitragen sollte, von zwar gleichermaßen völkisch-rassistisch denkenden jüngeren Gelehrten abgelöst zu werden, die allerdings handfeste natur- und technikwissenschaftliche Rüstungsforschung förderten. Auch im NS-Regime verstand sich die DFG als Förderin von sogenannter Grundlagenforschung – darin, dass diese Forschung in einem höchst problematischen politischen Zusammenhang stand und eben auch beispielsweise der NS-Bevölkerungs- und Siedlungspolitik die wissenschaftliche Grundlage lieferte, sahen die Akteure keinen Widerspruch. Das Argument, im NS-Regime politische neutrale Grundlagenforschung gefördert zu haben, war nach 1945 denn auch Kern vergangenheitspolitischer Diskursstrategien.

Professorenhabitus, Klientelverhältnisse und die Generationenverhältnisse, die zeitweise zu Konflikten führten, aber auch Bündnisse zeitigten, sind mit den Theorieangeboten Pierre Bourdieus trefflich herausgearbeitet. Wagner gelingt es zu zeigen, welche Forschungen zu einer bestimmten Zeit als im deutschen Wissenschaftsfeld förderwürdig oder zukunftssträftig angesehen wurden und welche nicht. Die allgemeine Entwicklungstendenz von den 1920er Jahren bis in die frühen 1970er kann wie folgt skizziert werden: von der Förderung einer ganzheitlich verstandenen Forscherpersönlichkeit (im Sinne des humanistischen Bildungshabitus, zu dem auch die ‚richtige‘ politische Gesinnung gehörte) zu Kriterien, die sich stärker auf die Projekthalte bezogen. Damit einher ging eine Minderung der Macht der Ordinarien, was mit der Demokratisierung der Universitäten und teils der außeruniversitären Forschungsinstitutionen in den 1960er und 1970er Jahren korrespondierte.

Für die Wissenschaftsgeschichte sind Strukturwandlungen von disziplinären Gefügen und Forschungsfeldern von großem Interesse. Dies anhand der Förderinstitution DFG aufzuzeigen, gelingt Wagner nicht durchgehend. Für die Rassenkunde kann er überzeugend darlegen, dass sich diese im Laufe der 1950er und frühen 1960er Jahre schlicht auswuchs, weil die jüngeren Gelehrten sie zunehmend als dilettantisch aburteilten. Der durch das Aufblühen der Sozialwissenschaften erfolgte massive Strukturwandel im westdeutschen Wissenschaftsfeld der 1950er und 1960er Jahre bildete sich in den DFG-Akten offensichtlich jedoch kaum ab. Gerade im Teil zur Nachkriegszeit scheint das Verhältnis von Wissenschaftswandel und Wissenschaftspolitik der DFG noch nicht ausreichend erforscht zu sein.

**Funding** Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

**Open Access** Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.